

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

2./3. März, Görlitz, Wichernhaus



Gegenstand:

Die Gemeinschaftsschule konkret umsetzen – wir machen Politik für die Zukunft und stellen uns den Herausforderungen der Gegenwart

Antragsteller:

LAG Bildung und Landesvorstand

TO-Punkt

Bemerkungen:

B-1

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

- 1 **Die Gemeinschaftsschule konkret umsetzen – wir machen Politik für die Zukunft und stellen**
2 **uns den Herausforderungen der Gegenwart**
3
4 Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler eine wesentliche
5 Voraussetzung für mehr Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit ist. Deshalb fordern wir seit
6 vielen Jahren die Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschulform in Sachsen. BÜNDNIS
7 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen 'eine Schule für alle' und zeigen, wie die Gemeinschaftsschule
8 unter den gegebenen Voraussetzungen konkret umgesetzt werden kann.
9
10 Noch immer bestimmt die soziale Herkunft die Bildungslaufbahn vieler Kinder. Wir sind überzeugt,
11 dass nicht allein formale Zugangsschranken Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern davon abhal-
12 ten, höhere Bildung zu erwerben. Der erleichterte Zugang zu höherer Bildung durch die Absen-
13 kung des Zugangsdurchschnitts für das Gymnasium sichert nicht automatisch auch den Bildungs-
14 erfolg. Die Ursachen, weshalb die sozioökonomische Stellung der Familien so große Effekte auf die
15 Schulleistungen und die Schullaufbahn von Kindern hat, sind komplex. Wer politisch allen Kindern
16 eine gute Bildung garantieren will, muss dafür Sorge tragen, dass die Nachteile, die Kinder auf-
17 grund ihrer Herkunft mitbringen, im schulischen Lernprozess ausgeglichen werden.
18
19 Wir halten die Leistungsauslese von Kindern nach der vierten Klasse für problematisch weil sie
20 nicht dazu beiträgt, Defizite zu kompensieren. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, dass die einmal
21 vollzogene Aufteilung von Kindern auf abschlussbezogene Schulformen im Nachhinein kaum

22 mehr reversibel ist. Besonders negative Auswirkungen hat dies für Kinder an Förderschulen. Damit
23 wird bereits vorhandene soziale Benachteiligung verfestigt.

24
25 Wir wollen trotz derzeit schwieriger Bedingungen (heterogene Entwicklung der Schülerzahlen,
26 rückläufige Einnahmen in Land und Kommunen, Lehrermangel) förderliche Lernvoraussetzungen
27 für alle Kinder erreichen und setzen uns deshalb für die Weiterentwicklung der Mittelschule zu
28 einer Schule für alle ein. Folgende Punkte wollen wir dafür voranbringen:

29
30 **1. Jedes Kind erreichen, alle Wege eröffnen**

31 Die aus der Mittelschule hervorgehende Gemeinschaftsschule soll jedem Kind offen stehen und
32 alle Abschlüsse bis zum Abitur anbieten. Sie soll auf die sozial problematische Leistungsauslese
33 verzichten und gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler auch in der Sekundarstufe
34 ermöglichen. Sie soll alle Kinder entsprechend ihrer Voraussetzungen individuell fördern und
35 fordern.

36 Dafür sollen Gemeinschaftsschulen bei entsprechender Größe eine eigene gymnasiale Oberstufe
37 etablieren oder eine verbindliche Kooperation mit Oberstufen anderer Gemeinschaftsschulen,
38 Gymnasien oder beruflichen Gymnasien eingehen. An die Stelle der bindenden
39 Bildungsempfehlungen sollen in Zukunft verpflichtende Beratungsgespräche treten.

40 Schulen, bei denen die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, wollen wir die
41 Möglichkeit einräumen, gemeinsames Lernen schon ab der ersten Klasse zu praktizieren. Wird
42 dabei der Bestand einer Grundschule gefährdet, ist die Schulkonferenz dieser Schule zu beteiligen.
43 Gegen den Willen der Eltern darf es keine Nichtversetzung in die nächste Klassenstufe und keine
44 Umschulung in eine andere Schulart geben.

45
46 **2. Die Schule bleibt vor Ort**

47 Mit der aus den Mittelschulen hervorgehenden Gemeinschaftsschule wollen wir die Schülerzahlen
48 vor Ort stabilisieren, da kein Kind mehr gezwungen ist, für einen bestimmten Schulabschluss eine
49 ganz bestimmte Schule besuchen zu müssen. Damit wird auch die Schulnetzplanung, eine wesent-
50 liche Voraussetzung der Investitionsförderung für den Schulhausbau, berechenbarer und einer
51 weiteren Zergliederung und Ausdünnung des Schulsystems im ländlichen Raum entgegengewirkt.
52 Zur Sicherstellung eines ausreichenden Neigungskurs- und Profilangebots sollen Gemeinschafts-
53 schulen mindestens zweizügig geführt werden oder miteinander kooperieren können. Damit die
54 Schule vor Ort bleiben kann, wollen wir im Ausnahmefall auch einzügige Gemeinschaftsschulen
55 zulassen. Der damit verbundenen Einschränkung im Neigungskurs- und Profilangebot muss die
56 Schulkonferenz dieser Schule zustimmen.

57 **3. Individuell lernen - Binnendifferenzierung ermöglichen**

58 Fortlaufender Unterricht, der in einem bestimmten Zeitraum und ohne zusätzliche Ressourcen für
59 alle gleich geltende Klassenziele umsetzen soll, kann die Nachteile einzelner Schüler nicht ausglei-
60 chen. Kinder bleiben zurück, weil für sie erreichbare Ziele gar nicht bestehen. Das derzeitige Ver-
61 bot der Lernziendifferenzierung in der Sekundarstufe wollen wir deshalb in der Gemeinschaftsschu-
62 le aufheben. Voraussetzung dafür ist, dass die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler in
63 Bezug auf Geschlecht und kulturelle Herkunft sowie ihre physischen, psychischen und geistigen
64 Besonderheiten ausreichend berücksichtigt werden. Darüber hinaus möchten wir den Gemein-
65 schaftsschulen frei stellen, ob sie die abschlussbezogene Differenzierung in getrennten Bildungs-
66 gängen oder durch Binnendifferenzierung gemeinsam in einer Klasse realisieren. Nur so können
67 sie angemessen auf die spezifische Zusammensetzung ihrer SchülerInnenschaft eingehen.
68 Wir wollen durch geeignete Maßnahmen in Aus- und Weiterbildung, angemessene Ausstattung
69 und größere pädagogische Freiheiten die Schulen dazu befähigen, individuelles Lernen mit einen
70 Methodenmix aus bestehenden Lehrformen, selbständigem und projektorientiertem Lernen in die
71 Tat umzusetzen. Die Verbreitung des gemeinsamen Unterrichtens von mindestens zwei Fachkräf-
72 ten in einer Klasse (Team-Teaching) wollen wir ausbauen, wenn eine ausreichende Anzahl von
73 Lehrkräften und Sozialpädagogen dies ermöglicht.

74

75 **4. Inklusive Schule vorantreiben – UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen**

76 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine vollständige Inklusion des sächsischen Schulwesens an
77 und wollen, dass ein inklusives Bildungssystem den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf den
78 Besuch von Regelschulen ohne Ressourcenvorbehalt bei deutlich verbesserten Rahmenbedingun-
79 gen gewährleistet. Die Gemeinschaftsschule soll eine inklusive Schule sein, die alle Kinder ohne
80 Ressourcenvorbehalt individuell fördert und fordert.

81 Dafür ist es notwendig, in den nächsten Jahren die für eine inklusive Bildung notwendigen perso-
82 nellen, baulichen und sächlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die größte Herausforderung wird
83 dabei die Bereitstellung ausreichend qualifizierter Lehrkräfte sein. So wollen wir den Bereich För-
84 derpädagogik in die Lehrerausbildung für allgemein- und berufsbildende Schulen verbindlich ein-
85 führen und die Weiterbildung in diesem Bereich verstärken. Sonderpädagogen und pädagogische
86 Unterrichtshilfen müssen zum festen Bestandteil von Lehrerteams einer inklusiven Gemeinschafts-
87 schule werden.

88 **5. Schulsozialarbeit flächendeckend einführen – soziales Lernen fördern**

89 Insbesondere in der Gemeinschaftsschule sollen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Her-
90 kunft und Begabung miteinander lernen. Bei den darin liegenden pädagogischen Chancen und
91 Herausforderungen sollen die Lehrkräfte durch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter
92 unterstützt werden. Da Schulsozialarbeit maßgeblich dazu beiträgt, den Bildungsauftrag zu erfül-
93 len, setzen wir uns dafür ein, dass sich das Land in Zukunft durch ein besonderes Förderprogramm
94 an der Finanzierung von Schulsozialarbeit beteiligt.

95

96 **6. Berufsorientierung ausbauen**

97 Die berufsvorbereitende Bildung als Kernanliegen der heutigen Mittelschule wollen wir in der
98 Gemeinschaftsschule weiter verfolgen. Dazu soll eine praxisnahe ökonomische Grundbildung auf
99 die Berufswahl vorbereiten. Die Gemeinschaftsschule soll durch eine intensive Zusammenarbeit mit
100 Unternehmen und Arbeitsagenturen vor Ort die Berufs- und Studienorientierung verbessern und
101 die Ausbildungsreife fördern.

102

103 **7. Fremdsprachenunterricht sicherstellen**

104 Eine Voraussetzung für den Erwerb des Abiturs ist das Erlernen einer zweiten Fremdsprache. Um
105 allen Schülerinnen und Schülern der Gemeinschaftsschule von vornherein die Möglichkeit zu bie-
106 ten, auch das Abitur abzulegen, setzen wir uns dafür ein, dass an den sächsischen Gemeinschafts-
107 schulen Unterricht in einer zweiten Fremdsprache angeboten wird.

108

109 **8. Ganztagschule sichern und qualitativ verbessern**

110 Individuelles Fördern und Fordern gelingt nur, wenn Raum für zusätzliche Unterstützung besteht
111 und spezifische Angebote für leistungsstarke und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler
112 gemacht werden. Wir wollen die Gemeinschaftsschule zu einer echten Ganztagschule entwickeln,
113 die nicht nur Ganztagsangebote am Nachmittag macht, sondern einen rhythmisierten Schulalltag
114 aufweist. Dies soll in enger Abstimmung mit der Schüler- und Elternvertretung geschehen. Wir
115 wollen den Gemeinschaftsschulen auf Grundlage eines vorzulegenden Konzepts eine berechenba-
116 re Mittelpauschale für mehrere Jahre geben, um Ganztagschule im Rahmen der notwendigen
117 Entwicklungszeit umzusetzen. Die bisherige bürokratische Einzelbeantragung von Ganztagsmaß-
118 nahmen kann damit entfallen.

119 **9. Gemeinschaftsschulen selbständig machen**

120 Ob es gelingt, soziale Nachteile und andere Handicaps auszugleichen, damit alle Kinder eine faire
121 Chance erhalten, hängt entscheidend von der Qualität des Unterrichts, der Kompetenz der Lehr-
122 kräfte, der Zusammensetzung der Klasse und der Unterstützung der Eltern ab. Die Schulen brau-
123 chen deshalb größtmögliche Freiheit in der Entscheidung, wie sie ihren Schulalltag gestalten.
124 Wir wollen deshalb den Gemeinschaftsschulen umfassende pädagogische und personelle, finan-
125 zielle und organisatorische Freiheiten geben, um ihren Bildungsauftrag umzusetzen. Sie sollen sich
126 an den Kompetenzziele der bundesweit verbindlichen Bildungsstandards orientieren und von den
127 Lehrplänen abweichen können. Jede Gemeinschaftsschule soll im Rahmen eines Schulbudgets
128 über die Verwendung ihrer Sachmittel entscheiden können. Die Mitwirkungsrechte von Eltern und
129 Schülern wollen wir stärken. Statt bürokratischer Gängelung wollen wir die Qualität jeder einzel-
130 nen Schule durch Zielvereinbarungen und Evaluationen sichern.

131

132 **10. Die Gemeinschaftsschule als attraktiver Arbeitsplatz**

133 Wir wollen die Gemeinschaftsschule als attraktiven Arbeitsplatz für Lehrerinnen und Lehrer auf-
134 werten. Die Vergütung der Gemeinschaftsschullehrkräfte wollen wir auf das gymnasiale Niveau
135 (TV-L E 13) anheben. Perspektivisch soll jede Lehrkraft an einer Gemeinschaftsschule einen eige-
136 nen Arbeitsplatz in der Schule erhalten.
137 Erfolgreiche individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern bedarf über den Unterricht
138 hinaus zusätzlicher Unterstützung und spezifischer Angebote. Um den erhöhten Zeitbedarf für die
139 pädagogische Arbeit sowie die Themen, die die Schülerinnen und Schüler bewegen, besser be-
140 rücksichtigen zu können, soll in allen Jahrgängen im Stundenplan eine zusätzliche Klassenlehrer-
141 Stunde ermöglicht werden. Für die Abstimmung der Lehrkräfte untereinander soll eine Teamstun-
142 de eingeführt werden.

143

144 **11. Lehrerbildung**

145 Die Einführung der Gemeinschaftsschule bedarf auch Veränderungen bei der Lehrerbildung. So
146 soll die Lehramtsausbildung für allgemeinbildende Schulen auf eine Stufenausbildung für Primar-
147 stufe (Klassen 1 - 4) und Sekundarstufe (Klassen 5 -12/13) mit gleicher Qualität und Dauer umge-
148 stellt werden. Wir brauchen eine Stärkung der bildungswissenschaftlichen und didaktischen Antei-
149 le in der Lehramtsausbildung. Die Lehrinhalte insbesondere der Fachdidaktik sollen sich deshalb an
150 den bundesweiten Zielen zur Kompetenzentwicklung (Bildungsstandards) orientieren. Um Seiten-
151 einsteigern den Erwerb der Lehramtsbefähigung zu ermöglichen, wollen wir einen eigenständigen
152 bildungswissenschaftlichen Masterstudiengang einführen. Der Vorbereitungsdienst soll in den
153 Studienverlauf (rhythmisiertem Vorbereitungsdienst) eingebunden werden.